



Antwort zur Anfrage Nr. 1918/2012 der ödp-Ortsbeiratsfraktion betreffend
Straßenfastnachtsveranstaltungen (ödp)
hier: Beträchtliche Probleme und Kosten

Hiermit wird die Verwaltung gebeten, darüber zu unterrichten in der Planung und Umsetzung, weiter in Potentialen. Insbesondere dazu ausgeschöpft: Erheblich Reduktion in Kosten zu Lasten städtischer Finanzen? Notwendig Verstärkung bei Gefahrenabwehr, Sicherheit, Sauberkeit auf Straßen und Plätzen in der Stadt? Nachhaltig Information und Aufklärung, an Schulen und in Vereinen, über nicht hinzunehmende Ursachen im Verhalten, daraus den Folgen in der Entwicklung insgesamt für die Stadt, davon betroffene Bürger?

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Am Rosenmontag sind neben mehreren hundert Polizeibeamten (Landes- und Bundespolizei) auch Streifen des Zentralen Vollzugs- und Ermittlungsdienstes (ZVE) sowie gemischte Streifen (Haus des Jugendrechts, also Polizei und Jugendamt, zusammen mit dem ZVE) für Jugendschutzkontrollen im Einsatz. Diese haben 544 Jugendschutzkontrollen durchgeführt, in Folge dessen 174 Verstöße festgestellt und 120 Liter alkoholhaltige Getränke entsorgt. Trotz der aufgestellten 37 Toilettenwagen, 50 Mobiltoiletten und 10 Urinalen wurden durch den ZVE wilde Urinierer festgestellt und Verwarnungsgelder erhoben.

Auch das Glasverbot („Kein Glas - Mehr Spaß“), welches in diesem Jahr erstmals im Bereich des Schillerplatzes mittels einer Allgemeinverfügung angeordnet wurde, kann als Erfolg angesehen werden. Der Glasbruch im Bereich des Schillerplatzes wurde hierdurch um ca. 50 Prozent reduziert und es wurden ca. 4,2 t Glas ordnungsgemäß entsorgt.

Ca. 5.000 Flyer wurden an zentralen Stellen, z. B. Stadthaus und Rathaus, ausgelegt und verteilt, die auf das Glasverbot und die Gründe hierfür hinwiesen. Ein Hauptaugenmerk lag hierbei auf den Schulen, an welche allein ca. 3.000 Flyer und 70 Plakate abgegeben wurden um die jüngeren Besucherinnen und Besucher der Straßenfastnacht für die Problematik des Glasbruchs zu sensibilisieren. Das Haus des Jugendrechts führt auch immer wieder an Schulen Informationsveranstaltungen zum Thema Alkoholmissbrauch durch.

Als eine ständige Aufgabe wird gesehen, alle getroffenen Sicherheitsmaßnahmen jährlich einer erneuten Überprüfung zu unterziehen und Verbesserungen, wo immer dies möglich ist, umzusetzen.

Mainz, 24.01.2014

gez.
Christopher Sitte
Wirtschaftsdezernent